

unter die Geographie muß in dieser Hinsicht auf-
 führen. — Staatssekretär v. Tzipitz: Die Abfertigungen
 bei den Schiedsungen werden so getroffen, daß die Richter
 nicht geschädigt werden. Der Staatssekretär dankt dem
 Abg. Strauß dafür, daß er die Arbeit der Marine an-
 erkannt habe. Er sei für eine bessere Ausbildung der
 Marineingenieure von Anfang an tätig gewesen und
 habe auch dafür gesorgt, daß sie in eine höhere Klasse
 gekommen sind. Wenn die Ingenieure sich an ihn ge-
 wandt hätten mit der Bitte, zu erklären, daß sie mit der
 Art und Weise nicht einverstanden seien, wie ihre Inter-
 essen teilweise vom Abg. Strauß mit vertreten worden
 sind, so ist das auf ihren eigenen Antrieb hin geschehen.
 Man ersehe daraus, daß das Offizierskorps Vertrauen
 zum Staatssekretär habe. Die Straußgewalt an Bord habe
 eigentlich nur der Kommandant. Der Staatssekretär
 dankt dem Abg. Strauß ferner dafür, daß er den Unter-
 seefahrern ein gutes Zeugnis ausgestellt habe. Leider
 seien sie in der letzten Zeit einer unangenehmen Kritik
 unterzogen worden. — Abg. Erberger (Zentr.) for-
 dert die Berücksichtigung der südwestlichen Industrie
 und Landwirtschaft bei der Vergabe von Vorkursen. Die
 Reform des Verkaufs der Altmateriale sollte rascher
 durchgeführt werden. Es darf nicht geduldet werden, daß
 das Kieler Offizierskorps einen ausgedehnten Wein-
 handel treibt. Für die Marineingenieure ist ungenügend
 viel geschiedt. Eine Strafgewalt hebt ihnen nicht zu.
 Für die Arbeiter könnte der Sommerurlaub gewährt wer-
 den. Im übrigen haben wir Vertrauen zur Marine-
 Verwaltung, daß sie ordentlich wirtschaftet. — Vice-
 admiral Capelle: Die besondere Berücksichtigung Süd-
 deutschlands vertritt sich eigentlich nicht mit dem Begriff
 der allgemeinen Subventionen, mit denen wir günstige Ge-
 setzungen gemacht haben. Beim Bezug von Kleidungs-
 stücken wird Süddeutschland sehr berücksichtigt. Die Be-
 schwerden über den Weinhandel mit Privaten haben sich
 als unzutreffend erwiesen. — Abg. Hoff-Riel (Sp.) ver-
 weist auf die Notlage, in die die Stadt Kiel durch die Ver-
 legung des Seehafens nach Wilhelmshaven geraten ist,
 und bringt Beschwerden von Fischern der Kieler Bucht
 vor. — Abg. Vogler (Soz.) bringt zur Sprache, daß die
 Vereinigung der Großhändler einen Unternehmer, der
 der Marine Offerte machte, anforderte, sie zurückzugeben
 oder die Preise auf die von der Vereinigung schlagenden
 zu erhöhen. Er nennt das eine Preispolitik. Wie
 habe der Großhändler-Verband die Offerte erfahren? —
 Abg. Dr. Strauß (Sp.): Die Rede des Abg. Erberger
 sollte auf den Schiffen angehängt werden, damit die
 Ingenieure wüßten, wie er über sie denkt. — Abg. Alhorn
 (Sp.) äußert Bedenken über die Konkurrenz, die die Ver-
 kaufsstellen der Großhändler dem Mittelstand
 bereiten. Man wolle mit diesen „Wohlfahrtsanstalten“
 die Sozialdemokratie bekämpfen, mache aber Tausende
 nationalgefühnter Leute dadurch sozialdemokratisch. —
 Abg. Erberger (Zentr.) stellt fest, daß auch die Volkspartei keine
 Strafgewalt für die Ingenieure haben wolle, daß also Dr.
 Strauß mit seiner Meinung allein stehe. — Damit schließt
 die allgemeine Aussprache. — Im einzelnen wünscht Abg.
 Werner (Reform.) für die Intendantursekretäre Gala-
 uniform. — Viceadmiral Capelle erklärt, daß dieser
 Wunsch nicht erfüllt werden könne. — Die Resolution der
 Budgetkommission, die die Hebung der sozialen und wirt-
 schaftlichen Stellung der Bediensteten fordert, wird ange-
 nommen. — Abg. Brandes (Soz.): Die Marineverwaltung
 sollte die Lieferungen nur an Firmen vergeben, die
 die wesentlichen beschleunigten Forderungen der Arbeiter
 erfüllen. Der Redner kritisiert die Arbeitsverhältnisse bei
 der Firma Krupp und auf der Schichauwerft. — Staatssekretär
 v. Tzipitz erklärt, daß er bei einem Besuche der Krupp-
 Anlagen einen ganz anderen Eindruck empfangen
 habe, als der Redner. Auf der Schichauwerft hat sich die
 Leitung mit den Arbeitern geeinigt. — Abg. Albrecht
 (Soz.) bemängelt, daß die Betriebsräte von Wilhelmshaven
 und Kiel ihre Arbeiten durch Heimarbeiterinnen aus-
 führen lassen. — Viceadmiral Capelle weist darauf hin,
 daß dieses System geradezu eine Wohlfahrtsanstalt sei.
 Abg. Dr. Strauß (Sp.) befähigt das. — Eine Resolution
 der Budgetkommission fordert, daß bei den Wahlen zur
 Betriebskrankenkasse und zu den Arbeiter-
 auschüssen die Verhältniswahl eingeführt wird. Auf
 Beschwerden des Abg. Brandes (Soz.) über die Arbeits-
 verhältnisse auf den Werften erwidert Geheimrat Admiralität
 nach Dr. Strauß, daß die Vorkurspolitik der Verwaltung sich
 nach den Wünschen des Reichstages richtet. Die Vorkurs
 sind in der Regel höher, als die der Privatindustrie. — Eine
 Verlängerung des Urlaubs und die Bezahlung der Wochen-
 feiertage würde erhebliche Kosten fordern. — Die Resolution
 wird angenommen. — Abg. Dr. v. Savigny (Zentr.)
 weist auf eine neue Erfindung des Feuerlöschwesens hin.
 Staatssekretär v. Tzipitz dankt für die Anregung. Der
 Marineetat wird erledigt. — Beim Etat für Rationierung
 beantragt Abg. Rachen (Zentr.), die Erhöhung der Manu-
 schafteinstellung auch auf Rationierung auszuweiten. — Der
 Antrag wird angenommen. — Abg. Derfeld (Soz.) pro-
 testiert dagegen, daß 500 Mann zum Schutze der Deutschen
 nach China geschickt worden sind. — Staatssekretär v. Tzipitz:
 Ich bin erkrankt über diese Rede. Sie stimmt
 mir nicht mit der Stellung der Rationierungsgenossen des Red-
 ners in der Kommission überein. Die Deutschen in China
 haben dringend um Schutz gebeten. (Hört! hört!) Deutsche
 Familien mußten flüchten. Ein Deutscher wurde
 sogar ermordet. (Hört, hört!) Diese 500 Mann
 werden die Interessen des Deutschen Reiches verteidigen.
 (Hört! hört!) — Der Etat wird erledigt, ebenso der Etat
 der Schutzgebietskassen und des Etatgesetzes. — Schluß 8 Uhr.
 — Freitag 1 Uhr: Kurze Anfragen, Etat des Reichsfanzlers
 und des Auswärtigen Amtes.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Volkspartei will die Erb-
 schaftsteuer der Verfall in Vorschlag bringen, daß man
 für den laufenden Verfall für das erste Quartal 1913
 die Erhöhung des jetzigen Satzes um 5 Millionen Mark be-
 antragen wird.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission
 des Reichstages genehmigte heute den Etat des Aus-
 wärtigen Amtes, wobei es zu einer längeren Er-
 örterung über die Ausbildung der Diplomaten und Kon-
 sulsbeamten kam. Der Staatssekretär des Auswärtigen
 machte darüber eingehende Mitteilungen. Begrüßt wurde
 die neue Einführung von volkswirtschaftlichen Vorträgen.
 An die Beratung des Etats des Auswärtigen schloß sich
 eine Aussprache über die auswärtige Lage. Von sozial-
 demokratischer Seite wurde Auskünft über den Stand der
 Verhandlungen mit England gewünscht; von nationallibe-
 raler Seite die Darbanellensperre zur Sprache gebracht.
 Der Staatssekretär erklärte, die Sperre sei aufgehoben und
 die Durchfahrt seit heute frei. Ueber die Verhandlungen
 mit England, den Marokkovertrag und einige auswärtige
 Angelegenheiten machte der Staatssekretär vertrauliche
 Mitteilungen. Die Pressenennung von einem Vertrag
 zwischen England und Italien ungunsten der Türkei,
 die ein sozialdemokratisches Mitglied zur Sprache brachte,
 erklärte der Staatssekretär für apokryph. Aus dem Aus-
 sprechen eines Dementis solle man nicht falsche Schlüsse
 ziehen. Am Freitag steht die Etatierung und Dedung der
 Behörulagen in der Budgetkommission zur Verhandlung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Brannweinsteuer-
 kommission führte heute die zweite Lesung zu Ende.
 Von den heute gefassten Beschlüssen ist zu erwähnen, daß
 nicht nur der Stoff eine Vergütung erhalten hat, sondern
 auch der zur Fabrikation von Runkelrüben, Jellulose, Feer-
 farbenstoffen, wie Bleiweiß und ähnlichen Erzeugnissen
 der chemischen Industrie verwendete, vollständig vergälte
 Spiritus eine Vergütung erhält. Dadurch wird die billige

arg gefährdete Konkurrenzfähigkeit namentlich der deut-
 schen Runkelrübenfabrikation wiederhergestellt. Während der
 Stoff eine Vergütung bekommen hat, wurde der Antrag
 auf die gleiche Vergütung für seine Konkurrenz,
 namentlich auf Ermäßigung der Verbrauchsabgabe von
 Essigsäure, abgelehnt. Körnerbericht soll im Juli 1913
 in der Reichsbankentwässerung enthalten. Die Deklarationspflicht
 für diese ist eingeführt. Diese darf nicht mehr als 10 Prozent
 Rohstoffe enthalten. Brennpunkt sind in Wesen ohne
 Verzicht und in kleineren Mengen als 1 Liter in im
 Handel nach wie vor nicht zulässig. Es wurde eine Redak-
 tionskommission eingesetzt, die noch im Laufe des heutigen
 Rahmittags die Beschlüsse der zweiten Lesung zusammen-
 stellen soll.

Berlin. Die Wahlprüfungskommission des
 Reichstages beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit
 der Prüfung der Wahl des Abgeordneten Bergo (Wirt-
 schaftl. Vereinig., Partei 1). Die Wahl wurde beantragt
 und Beweiserhebung beschlossen.

Tumulte in der bayerischen Abgeordnetenkammer.

München. (Priv.-Tel.) Bei der Generaldebatte über
 den bayerischen Justizetat erklärte der Sozialdemo-
 krat Dr. Sühnel unter großer Beileitung des Hauses,
 daß er den Justizminister wegen seiner Stellung zum
 bayerischen Justizgesetz nicht besorgen werde. Der Sozial-
 demokrat fuhr dann fort: Von der bayerischen Justizver-
 waltung erwarte er, daß sie strenge Objektivität in poli-
 tischen Prozessen wahr und jeden Versuch politischer Be-
 einflussung auf das nachdrücklich zurückweist. Zu
 wünschen ist, daß alle politischen Parteien die politischen
 Prozesse aus äußerster Befolgen. Die bayerische Rech-
 tsprechung ist in diesen Dingen selbständiger und gerechter
 wie die preussische, die den Namen Rechtsprechung
 nicht mehr verdient. Hiermit erhob sich ein stürmischer
 Tumult und der Präsident v. Orieter erklärte: Ich
 weise diese schweren Vorwürfe und Befeldigungen der
 preussischen Justizverwaltung auf das energischste zurück.
 Ich glaube, wenn dies im Berliner Abgeordnetenhaus
 ausgesprochen worden wäre, so würde unser Landtag in
 der Zurückweisung einer solchen Äußerung einig sein.
 Der Sozialdemokrat Freiherr v. Haller rief dem Präsi-
 denten zu: Sie haben viel in Berlin gefasert, Herr Präsi-
 dent! Dr. v. Orieter erwidert: Sie haben sich überhaupt
 nicht einzumischen. Freiherr v. Haller rief weiter: Sie
 haben hier noch keinen Hausrecht-Paragrafen! Nach
 einer Pause legte der Sozialdemokrat Dr. Sühnel seine
 Rede fort und erklärte: Was im preussischen Abgeordneten-
 haufe gesagt wird, kümmert mich nicht. Eine dortige
 Kritik an der bayerischen Justizverwaltung würde uns fast
 lassen.

Zur Äußerung des Kaisers über die Reichslande.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur Straßburger Äuße-
 rung des Kaisers erklärte eine Berliner Drahtung
 der „Köln. Zig.“: Der Kaiser scheint tatsächlich seiner
 Stimmung sehr scharf Ausdruck gegeben zu haben. In-
 dessen, ein Tischgespräch ist keine Staatsaktion.
 Deshalb muß man auch einen anderen Maßstab anlegen.
 Sollte diese Stimmung beim Kaiser und bei den für die
 Leitung unserer Politik maßgebenden Kreisen sich noch
 verdichten, so werden die hierzu berufenen Stellen das in
 die staatsrechtlich richtige Form zu fassen haben. Für
 diese eine besondere Richtlinie fest vorzeichnen, dürfte
 nicht in der Absicht des Kaisers gelegen haben. — Die
 „Kreuzzeit.“ schreibt: Wir lassen dahingestellt, ob der
 Wortlaut der kaiserlichen Aussprache richtig wiedergegeben
 ist, aber wir freuen uns, daß der große Unmut, der
 darin zum Ausdruck kommt, von der ganzen nationalen
 Bevölkerung Deutschlands geteilt wird. Ueber die un-
 würdige und herausfordernde Haltung der elsaß-loth-
 ringischen Kammer in der Frage des Gnadenfonds und
 gar bei dem scharfen Tadelsvotum wegen des Vorgehens
 der Regierung gegen die Grafenständigen Maschinenfabrik,
 die sich als ein Sammelpunkt von Reichsfeinden entpuppt
 hatte, berührt in vaterländischen Kreisen nur eine Stimme
 der Entrüstung. Ein großer Teil der Presse aber erblickt
 in den Kaiserworten eine staatsrechtlich unzulässige
 Drohung. Warum aber sollte eine Wiederaufhebung der
 mit sozialdemokratischer Hilfe durchgeführten reichsland-
 lichen Verfassung nicht erwogen werden können? Die
 Worte von der Einverleibung in Preußen, wenn sie wirk-
 lich so bedingungslos gefallen sind, wird man wohl mehr
 als eine den Eindruck verstärkende Redewendung, denn
 als eine ernsthafte Drohung anzusehen haben. Aber wäre
 es unbedenklich, daß bei andauernder Unmöglichkeit, in
 Elsaß-Lothringen zu friedlichen Zuständen zu gelangen,
 auch einmal an die Aufteilung der Reichslande unter die
 angrenzenden Bundesstaaten gedacht würde, im Einver-
 nehmen mit den geschiedenen Körperschaften natürlich.
 Wir wissen sehr wohl, daß es unendlich schwer ist, die ein-
 mal gewährte Selbständigkeit wieder aufzuheben, und daß
 es leichter ist, Freiheiten zuzubilligen, als sie nach Jahren
 wieder abzuschaffen, und deshalb haben wir auch die Ge-
 währung der Verfassung an die Reichslande als verfrüht
 erachtet und mit großer Sorge der Wirkung dieses Exzess-
 mentes entgegenzusehen. Die Elsaß-Lothringer haben sich
 wie zu erwarten war, für die Selbständigkeit nicht als reif
 erwiesen. Vielleicht bringt sie die ernste Mahnung des
 Kaisers nun doch noch zur Befinnung. Große Hoffnungen
 wird man freilich darauf nicht setzen dürfen, haben doch
 die Elsaß-Lothringer des Reichstages soeben gegen die im
 bloß angenommenen Motienvorlage gestimmt. — Die „Täg-
 liche Rundschau“ schreibt: In den Reichslanden ist
 heute natürlich von nichts anderem die Rede als von der
 scharfen Äußerung des Kaisers, und die nationalstische
 und partikularistische Kabale- und Bergrungsaktivität,
 mit der das neugeformte reichslandische Parlament das
 Reich für sein weit, sehr weitgehendes Engagement in
 der Verfassungsfrage so schnell quittiert. Die Herren
 Nationalisten sind um so wutentbrannt, je weniger sie
 sich wohl einer so betonten Stellungnahme des Kaisers
 versehen haben, der die Reichslander bis dahin so außer-
 ordentlich freundlich behandelt hat. Sie müssen sich nun
 aber eingestehen, daß sie ihr Maß zum Ueberlaufen ge-
 bracht haben. Der Kaiser hat jetzt bei seinem Straßburger
 Aufenthalt nicht nur mit dem Wort von der Aufhebung
 ihrer Verfassung und von der Einverleibung in Preußen
 zu verstehen gegeben, daß er es aufgibt, sie mit einer Politik
 der Liebeshuldigung gewinnen zu wollen.

Eine kurze Anfrage im Reichstage.

Berlin. Dem Reichstage ist folgende kurze Anfrage des
 Abgeordneten Goldhorn (Wesse) zugegangen: „In dem
 Reichsfanzler der authentischen Wortlaut der Rundgebung
 des Kaisers vom 18. Mai an den Bürgermeister von Straß-
 burg, Dr. Schwander, bekannt, welche eine eventuelle
 Aufhebung der elsaß-lothringischen Verfassung und eine
 eventuelle Einverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen
 zum Gegenstande haben soll? In der Reichsfanzler in der
 Lage, dem Reichstage den authentischen Wortlaut dieser
 kaiserlichen Rundgebung bekannt zu geben, und übernimmt
 der Reichsfanzler die verfassungsmäßige Verantwortung
 dafür?“

Der Kaiser in den Reichslanden.

Wes. Die Wanderver bei Mörchingen waren
 mittags beendet. Der Kaiser hielt darauf eine Be-
 sprechung mit den Offizieren ab. Auf seinem Wit durch
 Mörchingen wurde er von den aufgestellten Vereinen und
 Schulen begrüßt. Nach 1 Uhr nahm der Kaiser den Vor-

besuch des Armeekorps und der bayerischen Brigaden bei
 Mörchingen ab, nahm darauf militärische Redungen ent-
 gegen und verließ eine Reihe von Ordensauszeichnungen.
 Das Frühstück wurde im Hoflage eingenommen, der nach
 Mörchingen gekommen war. Der Kaiser begab sich im
 Hoflage nach Amaxweiler, um von dort aus im Automobil
 die Besichtigung der Gegend fortzusetzen.

Zum Tode des dänischen Königs.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zum Tode des Königs von
 Dänemark wird dem „Volks-Anz.“ aus Hamburg gemeldet:
 Ueber die letzten Augenblicke des Königs teilt uns
 der hiesige Wundarzt Dr. Ludwig Seeligmann fol-
 gendes mit: Als ich gestern abend gegen 12 Uhr, aus dem
 Stadttheater kommend, über den Gänsemarkt ging, sah ich
 einen älteren Herrn auf der Treppe der Schlichterei von
 Büch neben dem Café Opera sich niederlassen. Da er sich
 leidend fühlte, trat ich an ihn heran, richtete ihn auf und
 ersuchte ihn, mir seine Wohnung anzugeben. Der Herr
 antwortete: „Ich bin im „Hamburger Hof.“ Ich frage,
 ob ich ihn in einem Wagen dorthin geleiten solle. Er lehnte
 dankend ab mit dem Bemerkens: „Ich fühle mich wieder
 besser, ich werde zu Fuß gehen.“ In der Tat ging er in
 der Richtung gegen den „Hamburger Hof“ einige Schritte,
 aber alsbald brach er wieder zusammen. Ich eilte hinzu,
 um ihm aufzuhelfen, und konstatierte, daß er schon ohne
 Puls war. Dem ersten Schlaganfall war offenbar
 sehr rasch ein zweiter gefolgt, der das Ende herbei-
 führte. Ich hab den Bewußtlosen mit Hilfe der hingu-
 kommenden Polizeibeamten in einen Automagen und or-
 nete seine sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus an,
 damit er schnellstens in ärztliche Behandlung komme.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Die aufgeführte Leiche
 des Königs ist mit dem Danebrog bedeckt. Heute abend
 soll die Ueberführung durch Sonderzug nach Travemünde
 erfolgen, wo die königliche Jagt die Leiche abholt. Die
 Königin nebst den Prinzessinnen Tyra und Dagmar wird
 sie begleiten.

Beileidskundgebungen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichsfanzler von
 Bethmann-Hollweg begab sich zu dem dänischen
 Gesandten v. Egemann-Vindereone, um ihm sein tiefstes
 Beileid an dem Hinscheiden des Königs von Dänemark
 auszusprechen.

Schwern. Der großherzogliche Hof legte aus Anlaß
 des Hinscheidens des Königs von Dänemark eine vier-
 wöchige Trauer an.

Hamburg. Der Präsident des Senats, Bürgermeister
 Dr. Burhard, begab sich heute vormittag 11 Uhr in
 das Hotel „Hamburger Hof“ und sprach der Königin von
 Dänemark, die mit ihren Töchtern und dem Prinzen
 Gustav den Bürgermeister empfing, im Namen des Senats
 das tiefste Beileid an. Später legte der Bürgermeister
 an der Bahre des Königs im Auftrage des Senats einen
 Kranz nieder. Geleitbegleitung richtete der Senat an den
 Thronfolger in Kopenhagen ein Beileidstelegramm.

Kopenhagen. Im Folkething und im Lands-
 thing hielten die Präsidenten heute Gedächtnis-
 reden für den verstorbenen König von Dänemark.

Veränderte Reiseispositionen des Kaisers.

Danzig. (Priv.-Tel.) Wahrscheinlich beabsichtigt der
 Kronprinz zur Bekehrung nach Kopenhagen. Im
 Reichsadener neuen Schlosse, wo alle Anord-
 nungen für den Aufenthalt des Kaisers und des
 kaiserlichen Hofes und die geplanten Festlichkeiten ge-
 troffen waren, ist alles abbestellt. Auch das Parade-
 frühländ ist abgebaut worden. Der Kaiser kommt nicht
 offiziell nach Wiesbaden, wird im Hamburger Schloß
 Wohnung nehmen, dann möglicherweise inoffiziell einer
 der acht Vorstellungen, vielleicht einer „Oderon“, „Frei-
 schütz“, oder „Armidia“-Aufführung beiwohnen, nach deren
 Schluß jedoch nach Hamburg zurückkehren. Auch nach
 Frankfurt a. M. wird der Kaiser nun nicht reisen.

Die Stimmung in Kopenhagen.

Kopenhagen. (Priv.-Tel.) Die Botschaft von dem
 Ableben des Königs Friedrich hat hier die
 größte Bestürzung hervorgerufen. Die königliche
 Familie wurde heute nachmittag vom Auslande zurück-
 erwartet und es wurden alle Vorbereitungen zum feier-
 lichen Empfang getroffen, glaubte man doch, daß der König
 sich nunmehr im Leben von seiner ersten Krankheit völlig
 erholt habe. Die Todesnachricht aus Hamburg kam wie
 ein Blitz aus heiterem Himmel. Kopenhagen hat in weni-
 gen Stunden sein Festgewand vom gestrigen Kinderchil-
 tage gegen die Farben der Trauer eingetauscht. Die
 Schulen wurden sofort geschlossen und alle Kirchenglocken
 läuteten feierlich durch den Frühlingmorgen. Alle Theater
 stellten ihre Vorstellungen ein.

Prekimmten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der amtliche „Reichsanzei-
 ger“ schreibt zum Ableben des Königs Friedrich VIII.
 von Dänemark: „Das dänische Volk verliert in dem Ver-
 schidenen einen innerhalb und außerhalb der Grenzen
 Dänemarks geliebten und geachteten Herrscher, dessen
 Leben der Wohlfahrt seines Landes galt. Se. Majestät
 der Kaiser und König ist sein Haus, das mit dem Dabin-
 geschiedenen durch Bande der Verwandtschaft und Freunds-
 chaft verbunden war, und das deutsche Volk nehmen an
 der Trauer des dänischen Königs und des dänischen
 Volkes aufrichtigen Anteil.“ — Die halbamtliche „Köln. Zig.“
 schreibt: „Die unerwartete Trauerkunde von dem
 raschen Ableben des unserm kaiserlichen und künig-
 lichen Hause nahe verwandten und befreundeten Herr-
 schers erweckt in Deutschland große und aufrichtige Teil-
 nahme. Beilagt Se. Majestät der Kaiser in dem dahin-
 geschiedenen Monarchen einen Freund, mit dem er viele
 Jahre hindurch in gegenseitiger Hochachtung eng verbun-
 den war, so wird zugleich eine ganze Reihe fürstlicher
 deutscher Häuser, die mit der dänischen Königsfamilie in
 verwandtschaftlichen Beziehungen stehen, in Trauer ver-
 setzt. Nicht lange war es König Friedrich VIII. vergan-
 gen, seine hohen Regentpflichten zum Wohle Dänemarks aus-
 zuüben. Er hat den so günstigen Stand der Wohlfahrt
 seines Staates und der Entwicklung des Volkes, wie er
 ihn von seinem erlauchten Vater übernahm, nicht nur
 zu erhalten bemüht, sondern auch auf vielen Gebieten
 des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens trefflich zu
 fördern verstanden, immer unter starker Mitwirkung der
 gesamten Nation, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen
 Deutschland, die schon der Vorgänger auf dem dänischen
 Thron angeknüpft hat und vom König Friedrich mit
 warmem Verständnis ausgebaut. Eine reichhaltige
 Art, persönlich zu geben, hat dem Andenken des aus-
 gezeichneten Fürken noch einen besonders sympathischen
 Zug hinzu. Dem großen Leben, das die Königin Livka
 durch den frühen Tod ihres königlichen Gemahls betroffen
 hat, bringt man auch in Deutschland volle Teilnahme ent-
 gegen.“ — Die „Täg. Rundschau“ hebt hervor, daß
 Friedrich VIII. das Verhältnis Dänemark zu dem
 Deutschen Reich nach besten Kräften und mit erfreu-
 lichem Erfolge verbessert habe. Unter ihm hat das
 Schloß Amalienborg seine weltliche Bedeutung als Mittel-
 punkt der deutschdänischen Beziehungen Europas end-
 gültig verloren. Schon im Jahre seiner Thronbesteigung
 hatte der König mit seiner Gemahlin dem Deutschen
 Kaiserhaus einen Besuch ab und wurde dort aufs herz-
 lichste empfangen. Seitdem haben zwischen Berlin und